

Kleine Anfrage

der Fraktion der SPD

betr. Erhöhung der Postgebühren

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Warum hat es die Bundesregierung versäumt, den seit Jahren erforderlichen Investitionsplan für die Erweiterung der Anlagen der Deutschen Bundespost aufzustellen?
2. Hält es die Bundesregierung für vertretbar, von der Deutschen Bundespost auch im Jahre 1964 die Abgabe von rd. 525 Mio DM zugunsten des Bundeshaushalts zu verlangen und dadurch das Defizit der Deutschen Bundespost zu erhöhen, obwohl die Bundesregierung im Jahre 1963 durch Gebührenerhöhungen diesem Defizit entgegenzuwirken versuchte?
3. Ist die Bundesregierung bereit, dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf vorzulegen, um die Abgabepflicht der Deutschen Bundespost in Höhe von $6\frac{2}{3}\%$ des Umsatzes der Bundespost zu ändern?
4. Welche Maßnahmen will die Bundesregierung treffen, um die Deutsche Bundespost mit dem erforderlichen Eigenkapital auszustatten?
5. Hält es die Bundesregierung für vertretbar, Kostenbelastungen für die deutsche Volkswirtschaft aus den Gebührenerhöhungen in den Jahren 1963 und 1964 in Höhe von rd. 1,2 Mrd DM zu veranlassen? Wirken solche Maßnahmen nicht dem allgemeinen Streben nach Preisstabilität zuwider?
6. Ist die Bundesregierung bereit, das Inkrafttreten der vorgesehenen Gebührenerhöhungen so lange zurückzustellen, bis die dem Bundestag vorliegenden Anträge vom Bundestag behandelt und entschieden worden sind?
7. Ist die Bundesregierung bereit, bis zur Entscheidung des Bundestages der Deutschen Bundespost die Leistung ihrer Zahlungsverpflichtungen an den Bundeshaushalt zu stunden und für die Deckung des Defizits der Deutschen Bundespost ein Darlehen aus Haushaltsmitteln zur Verfügung zu stellen?

Bonn, den 21. Juli 1964

Erler und Fraktion